

T6

Bern, den 27. April 1971

N o t i z an Herrn Minister Bühler

Jt/wd - G.A. 71.3
Südvietnam
Grundsätzliche Anfrage der
Nestlé Alimentana S.A., Vevey,
betreffend die Gewährung der
Investitionsrisikogarantie
für ein Beteiligungsunternehmen
in Saigon

Die Beurteilung des von der Nestlé Alimentana S.A. unterbreiteten Gesuches hat vor dem Hintergrund einer Situation zu erfolgen, die - für das Anlageland - durch den Fortgang bzw. eine gewisse Reaktivierung des Krieges und der dadurch bedingten aussergewöhnlichen Wirtschaftsverhältnisse charakterisiert ist.

1965/66 - nachdem ein Tiefstand erreicht wurde - schuf die Saigoner Regierung bestimmte Prioritäten, wobei eine erste Phase der militärischen Retablierung, die zweite der Festigung des politischen Regimes und die dritte - seit 1969 - langfristigen Massnahmen zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft Südvietnams gewidmet waren. Bereits im Oktober 1969 beschloss die südvietnamesische Regierung - um der Staatskasse zusätzliche Mittel zuzuführen - die Erhebung einer massiven "taxe d'austérité".

Im Rahmen des sogenannten Loi-Programm vom vergangenen Jahr - gemäss welchem der Exekutive während 150 Tagen besondere Vollmachten erteilt werden sollten - beabsichtigte die Regierung, auf dem Dekretswege eine ganze Reihe von Reformen durchzuführen und neue Einrichtungen zu schaffen wie beispielsweise: Reduktion der öffentlichen Ausgaben durch Entwicklung der zivilen Kräfte für die lokale Selbstverteidigung und Verminderung der Bestände der regulären Truppen, Erweiterung der staatlichen Einnahmenquellen durch Auflage langfristiger Anleihen, Veräusserung öffentlichen Besitztums, einfachere und zugleich wirksamere Gestaltung der Steuererhebung, Modernisierung bestehender Finanzinstitute, Errichtung und Organisation eines Fremddevisenmarktes, einer Börse, eines Gold- und Warenmarktes.

- 2 -

Des weitem sollen - ebenfalls aufgrund dieses Loi-Programms - das Verfahren und die Bedingungen für die Investitionen von In- und Ausländern präzisiert und attraktiver gestaltet sowie der Bereich und die Organisation der öffentlichen Unternehmen umrissen werden. Diesen letztgenannten Massnahmen sollten im Rahmen des vorerwähnten Programmes noch eine Anzahl weitere Reformen folgen.

Dieses Loi-Programm - Präsident Thieu hoffte ursprünglich es im September 1970 beschliessen lassen zu können - sties seinerzeit im Parlament sowohl bei der oppositionellen Minderheit als auch bei den Reaktionären der "unabhängigen" Parteien auf sehr starken Widerstand.

Aus dem ganzen Bündel von Reformvorschlägen und Neuerungen konnte anfangs Oktober 1970 vorläufig nur der parallele Wechselkurs mit beschränkter Zulassung geschaffen werden. Alles übrige "n'est pas définitivement enterré, mais il est au réfrigérateur pour une période indéterminée".

Gemäss Beschluss vom 3. Oktober 1970 wurde mit Wirkung ab 5. Oktober 1970 dieser parallele Wechselkurs von 275 VN Piaster je 1 US\$ festgesetzt (660 Piaster = 1 £, 49,519 Piaster = 1 Fr.fr.). Die offizielle Parität Piaster/US\$ bleibt mit 80 VN Piaster bzw. 118 VN Piaster je US\$ unverändert (1 US\$ = 80 Piaster + Subvention C.E. 38 Piaster = 118 Piaster).

Der neue parallele Wechselkurs wird auf die "dépenses personnelles" der natürlichen und juristischen Personen einschliesslich die der amerikanischen und alliierten in Vietnam diensttuenden Militärpersonen und Funktionäre sowie auf die des Personals der fremden, diplomatischen und konsularischen Vertretungen angewandt (ausgenommen sind die eigentlichen Ausgaben dieser Missionen und ihrer Regierungen selbst sowie diejenigen der südvietnamesischen Regierungsorgane). Dem ab 5. Oktober 1970 gültigen parallelen Kurs sind ebenfalls die ausländischen in Vietnam vorgenommenen Investitionen sowie sämtliche vietnamesischen Exporte unterstellt.

Ausserdem ^{parallel Kurs} gilt er für rund 20 % der gesamten Einfuhr Vietnams ("produits de luxe et de demi-luxe") unter Einschluss eines Teils der mit Regierungsdevisen finanzierten Einfuhren (die mit amerikanischer Hilfe bewerkstelligten Importe werden weiterhin zum alten offiziellen Kurs abgewickelt) und - einige Ausnahmen vorbehalten - für den Finanztransfer von Vietnam ins Ausland: Gewinntransfer ausländischer in Vietnam domizilierter Gesellschaften, Touristentransfer und Ueberweisungen natürlicher und juristischer, nicht in Vietnam ansässiger Personen.)

- 3 -

Mit Wirkung ab 5. Oktober 1970 wurde gleichzeitig auch die Ausgleichsabgabe für eine Anzahl Luxuswaren erhöht.

Im übrigen wurden die Subventionen bei den Exporten beseitigt.

Die Amerikaner haben Massnahmen der vorerwähnten Art seit langem empfohlen. Der beachtliche Kreditbedarf, welcher die Vietnamisierung beansprucht, erforderte die Ueberzeugung der amerikanischen öffentlichen Meinung, dass auch Vietnam seinen Teil zur Gesundung seiner Wirtschaft beitrage.

Anlässlich der Diskussion im amerikanischen Parlament Ende Juli 1970 über die Kredite an Südvietnam erklärte der Saigoner USA-Botschafter, Bunker, dem schweizerischen Generalkonsul:

"Nous leur donnerons les crédits nécessaires. Nous obtiendrons l'approbation du Congrès, mais il sera inévitable que Saigon prenne de son côté les mesures qui puissent convaincre nos sénateurs et représentants de leur bonne volonté (lisez: dévaluation partielle)."

Mit der Ankündigung der Schaffung des parallelen Wechselkurses am 5. Oktober 1970 bestätigte der Wirtschaftsminister, dass die Südvietnam für das Fiskaljahr 1970/71 gewährte amerikanische Wirtschaftshilfe 750 Mio Dollar betrage, wovon annähernd die Hälfte an das USAID-Programm (US Agency for International Development in Vietnam) gebunden ist und nur für Importe amerikanischer Provenienz verwendet werden kann.

Ob diese Massnahme des besondern Wechselkurses zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung, zur Verminderung des Defizits der Handelsbilanz und insbesondere zur Reduktion der Regierungsausgaben führen wird, kann - verhältnismässig kurze Zeit nach dessen Schaffung - noch nicht näher beurteilt werden. Sehr viel dürfte auch vom endgültigen Schicksal aller andern im Loi-Programm vorgesehenen einstweilen von der parlamentarischen Opposition blockierten Gesundungsmassnahmen, insbesondere aber auch von der allgemeinen Entwicklung "du tryptique militaire - politique - economie" abhängen.

Gesamthaft betrachtet lässt sich bezüglich der derzeitigen Entwicklung festhalten, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung und insbesondere des Wirtschaftsministers Pham Kim Ngoc darauf ausgerichtet ist, - im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten - die Produktion auf Kosten des Konsums zu entwickeln bzw. zu fördern. Zu diesem Zwecke werden mannigfache Anstrengungen unternommen, die bestehende, ausserordentlich komplizierte Reglementierung der Wirtschaft zu vereinfachen und die staatliche Kontrolle und Intervention abzubauen.

→ Der Entwurf zu einem neuen Investitionsgesetz wird gegenwärtig im Senat und in der Abgeordnetenversammlung beraten. Die Regierung

hofft, dieses Gesetz werde vom Parlament bis Ende Juni 1971 verabschiedet werden.

Präsident Thieu hat die Präsidenten der beiden Kammern in einem Brief ersucht, die Beratung des am 2.12.1970 eingebrachten Gesetzes-Entwurfes so rasch als möglich vorzunehmen und gleichzeitig unterstrichen, die in- und ausländischen Investoren erwarteten die Garantien und den Investitionsanreiz, welche das Gesetz ihnen geben müsste. Dieses neue Investitionsgesetz würde anstelle jenes aus dem Jahre 1963, das den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht, treten.

Die wesentlichen Neuerungen dieses Gesetzes würden in folgenden Punkten bestehen:

"a) garanties gouvernementales de ne jamais nationaliser les entreprises privées, b) pas de limite aux montants des bénéfices qu'une société étrangère pourra rapatrier, c) pas de restriction sur le pourcentage du capital étranger dans une entreprise donnée et pas d'exigence spécifique concernant la composition du conseil d'administration, d) garanties du gouvernement qu'il ne fera pas concurrence aux entreprises privées, e) des encouragements supplémentaires sous forme d'exemptions fiscales peuvent être accordées aux sociétés remplissant certaines conditions, telles qu'un investissement supérieur à 100 millions de piastres (environ 400.000 US.\$.) ou production annuelle supérieure à 20 millions de piastres. f) période normale d'exemption fiscale de 5 ans, au lieu de 3 comme jusqu'ici."

Beiläufig sei erwähnt, dass die Asiatische Entwicklungsbank mit der Saigoner Regierung am 16. Dezember 1970 ein Abkommen über die Gewährung eines Fischereidarlehens ("Fishery Loan Agreement") abgeschlossen hat. Dieses Darlehen "a une signification historique, symbolique à beaucoup d'égards", erklärte der zuständige Minister.

Schlussfolgerungen

Zwischen der Schweiz und der Republik Vietnam besteht kein Handelsabkommen und auch keine Vereinbarung über den Schutz von Investitionen.

Die Beurteilung der Frage, ob für die von der Nestlé Alimentana S.A. gemeinsam mit der Foremost Foods Company vorzunehmenden Investition die Gewährung der Garantie zu empfehlen bzw. vertretbar sei, dürfte sich unseres Erachtens unter dem Gesichtspunkt der verschiedenen Risiken ungleich schwer erweisen.

- 5 -

Angesichts des heute von der südvietnamesischen Regierung verfolgten wirtschaftspolitischen Kurses und der beabsichtigten weiteren Reformen auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Finanzwesens dürften bestimmte Risiken - eine gewisse allgemeine Entwicklung vorausgesetzt - während der nächsten 2 bzw. 7 Jahre vielleicht kaum gegeben sein.

Die ~~Beurteilung der Entwicklung des Kriegsunternehmens~~ und der südvietnamesischen Politik sowie der allenfalls zusammenhängenden Risiken erweist sich dagegen als ausserordentlich schwierig. Bei einer extremen Entwicklung in dieser Richtung wäre wahrscheinlich mit Risiken zu rechnen, die - ohne Ausweitung oder bei Beendigung des Krieges - sonst wohl kaum gegeben sein dürften. Man kann aber auch die Ueberlegung anstellen, dass gerade die USA in ihrer Eigenschaft als massgebliche Kraft für die bereits eingeleiteten südvietnamesischen Reformen - selbst unter Berücksichtigung ihres Truppenabzugs - die Vietnamisierung so zu gestalten versuchen, dass schlussendlich doch nicht alle in mannigfacher Form erbrachten Leistungen in der Zukunft abbröckeln oder ganz zerstört werden.

Da die beabsichtigte schweizerisch-amerikanische Investition in dem von den kriegerischen Ereignissen arg mitgenommenen Südvietnam als Beitrag zur Entwicklung insbesondere einer Produktion, die dringend benötigt wird, qualifiziert werden kann, will es uns - in Berücksichtigung aller wesentlichen, einschliesslich der im Gesuche enthaltenen Momente - doch scheinen, dass die Risikogewährung im vorliegenden Falle vertretbar ist.

Beilage:

1 Gesuch

*Hinweis. Man könnte sich erfragen, ob man die definitive Zustimmung zum Gesuch abhängig machen sollte vom Inkrafttreten des neuen Investitions-
schutzgesetzes.*